

# Antrag

an den Oberbürgermeister der Stadt Heilbronn

Stadträtin/Stadtrat:

**Filiz, Ferdi**

Fraktion/Gruppierung:

**GRÜNE**

Datum: 28.04.2026

## **Antrag zu einer Gemeinderatsdrucksache DS 062/2026 und DS 267/2023**

### **Erhöhung des freiwilligen Zuschusses zum Deutschlandticket**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Mergel,  
wir beantragen, den freiwilligen Zuschuss zum Deutschlandticket ab dem 01.01.2027 von bislang 10 Euro auf 15 Euro pro Monat zu erhöhen.

Der Gemeinderat hat mit der DS 267/2023 im Zuge der Umstellung auf das Deutschlandticket die bestehende Bezuschussung auf monatlich 10 Euro festgelegt. Der Zuschuss richtet sich an Menschen, die Leistungen nach dem SGB II, SGB XII, dem Asylbewerberleistungsgesetz oder Wohngeld beziehen, und soll ihnen den Zugang zum öffentlichen Nahverkehr erleichtern sowie Mobilität im Alltag ermöglichen.

Seitdem haben sich die Rahmenbedingungen deutlich verändert: Der Preis des Deutschlandtickets ist von 49 Euro im Jahr 2024 auf 58 Euro im Jahr 2025 und inzwischen auf 63 Euro im Jahr 2026 gestiegen. Der Zuschuss ist in diesem Zeitraum unverändert geblieben.

Die vorliegenden Auswertungen zeigen ein differenziertes Bild. Bis zur ersten Preiserhöhung Anfang 2025 sind die Nutzerzahlen kontinuierlich gestiegen (von 229 Tickets im Januar 2024 auf 453 im November 2024). Im Jahr 2025 wurde diese Entwicklung durch die Preissteigerung gedämpft, insgesamt blieb die Nutzung jedoch stabil und lag zum Jahresende leicht über dem Vorjahresniveau. Aktuell werden rund 400 Tickets pro Monat bezuschusst.

Das zeigt: Das Angebot wird angenommen und hat an Akzeptanz gewonnen, reagiert jedoch sensibel auf Preisentwicklungen.

Zudem ist ein Bestandskundeneffekt erkennbar: Wer den Zuschuss einmal beantragt, nutzt ihn in der Regel dauerhaft. Die Zahl der Neuanträge sinkt, während die Nutzung stabil bleibt – das spricht für ein etabliertes und funktionierendes System.

Um die ursprüngliche Entlastungswirkung wieder näher zu erreichen, sollte die zwischenzeitliche Preissteigerung von insgesamt 14 Euro zumindest teilweise ausgeglichen werden. Eine Erhöhung des Zuschusses um 5 Euro wäre ein angemessener Schritt, um die gestiegenen Kosten für die Berechtigten abzufedern.

Wir haben es inzwischen mit einem funktionierenden System zu tun, das monatlich von mehreren hundert Menschen genutzt wird – überwiegend von Beziehenden nach dem SGB II und SGB XII. Für diese Menschen ist Mobilität eine zentrale Voraussetzung für Teilhabe, etwa für den Zugang zu Arbeit, Bildung und sozialen Kontakten.

Die vorgeschlagenen Abschaffung des Zuschusses ab 2027 würde das bestehende System beenden, es gehört jedoch weiterentwickelt. Eine Erhöhung des Zuschusses ist aus unserer Sicht der richtige Schritt, um die Wirksamkeit mindestens zu erhalten, wenn nicht sogar zu stärken.

Mit freundlichen Grüßen  
Ferdinand Filiz  
Stadtrat Grüne Heilbronn

Anlagen: